

**Festrede Roman Herzog zum Regionaltag
am 10. Juni 2007 in der Ballei in Neckarsulm**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das ist eine echte Überraschung. Ich habe schon Reden gehalten, nachdem der Bayerische Defiliermarsch gespielt worden war. Aber eine Rede zu halten, nachdem der Triumpfmarsch von Verdi gespielt worden ist, ist für mich eine absolute Premiere. Um so mehr als überhaupt kein Anlass dazu besteht, denn ich soll über die Freiheiten bürgerschaftlichen Engagements sprechen und bei dem, was ich mir darunter vorstelle, hat die Schlacht noch nicht einmal begonnen. Gewonnen ist sie überhaupt nicht und deswegen ist es kein Anlass, von Triumphen zu sprechen – trotzdem, schön war es doch!

Ich soll also über die Freiheit bürgerschaftlichen Engagement sprechen. Und, so wie die öffentliche Diskussion im Augenblick läuft, heißt das letzten Endes mehr Verantwortung für den Bürger aber auch gleichzeitig weniger Staat. Und wenn so etwas bei uns geäußert wird, passiert zweierlei:

Der, der so etwas sagt, wird als Neonliberaler beschimpft. Das ist eine ganz besonders interessante Sache, denn in meiner Jugend waren die Neonliberalen die Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft mit der Verantwortung von Staat und Wirtschaft auch für das soziale Gefüge. Das war die Erfindung der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Vertreter, vor allen Dingen etwa in der Freiburger- in der Frankfurter-Schule, waren die Neonliberalen. Und die, die eine Bindung der Sozialen Marktwirtschaft nicht wollten, die bezeichnete man als Freie Marktwirtschaftler oder man hat sie auch gleich denunziert mit der Bezeichnung Manchester-Liberale. Dann ist eine Zeit gekommen, in der über Fragen dieser Art gar nicht nachgedacht wurde, auch gar nicht nachgedacht werden musste, weil genug Geld im Land war. Als die Debatte in den 1990er Jahren wieder aufgenommen werden musste, da war es plötzlich umgekehrt. Da wurde von manchem das Wort Neonliberalismus genau für das verwendet, was ursprünglich mit dem Neonliberalismus bekämpft und verneint werden sollte. Da bringt, vor allen Dingen in unserer Medienlandschaft, irgendjemand einen Begriff auf und alle anderen nicken sofort verständnisvoll mit dem Kopf und sagen es nach. Für mich ist Neonliberaler ein Ehrentitel, selbst wenn es nicht immer so gemeint ist.

Und das zweite was passiert ist, dass Verdacht auftritt. Zwei Beispiele möchte ich wenigstens anführen.

Erster Verdacht ist, dass alles sei eine Folge der knappen Kassen. Und ich rate sehr dazu, wie auch Herr Würth, nicht zu glauben, dass dieses Kapitel unserer jüngsten Geschichte schon vorbei ist. Wir wissen nicht, ob wir in einem Strohfeuer leben oder ob sich etwas verändert hat. Aber jedenfalls wäre es gut, die Konsequenzen, die man aus dem „Aufatmen können“ in der Politik und auch der Sozialpolitik zu ziehen beabsichtigt, so anzulegen, dass sie sich auch ihrerseits sich selbst wieder korrigieren, wenn das ganze wieder zurück gehen sollte. Das wäre eine wichtige Angelegenheit. Das ist noch nicht in den Köpfen. Ob das ganze wirklich eine Folge der knappen Kassen ist, möchte ich bezweifeln.

Denn man kann sagen, die knappen Kassen waren ein Anlass darüber zu sprechen, wo der Staat zu viel macht und wo er in Folge dessen sich zurück nehmen sollte und der bürgerschaftlichen Freiheit wieder Spielraum und Atem geben soll. Aber das war nicht der Grund für diese Diskussion. Denn es ist bei uns auch anderes schief gelaufen. Der Staat, die gesamte öffentliche Organisation, übernimmt zu viel an Aufgaben und ist damit hoffnungslos überfordert. Es brauchte nur irgendwo, nicht im Augenblick, aber in den letzten 20-30 Jahren, ein Problem aufzutreten und sofort hat irgendjemand nach dem Staat gerufen. Es hat dann auch sofort wieder Politiker gegeben, die dieses aufgenommen haben. Und schon gab es eine neue Staatsaufgabe mit nicht abgrenzbaren und nicht absehbaren Ausgaben. Aber der Staat ist überfordert. Er macht zu viel, was zur Folge hat, dass er vieles nicht mehr richtig machen kann. Schon vom Personalkörper ist es so. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass jedes abgeschaffte Gesetz auch eine Reihe von Planstellen überflüssig machen würde. Obwohl ich weiß, dass das natürlich erst im Laufe der Zeit wirken würde. Aber alleine mit der ständigen Streichung von Beamtenstellen kann man den Staat nicht reformieren. Wenn immer weniger Beamte immer mehr Aufgaben bekommen, kann es nicht gut gehen.

Wir erleben es tagtäglich, das ist der nächste Punkt, dass von unserem Staat Dinge, auch aus Brüssel, verlangt werden und dass sich unser Staat mit Problemen befassen muss, die eigentlich bundeseinheitlich, in großen Ländern auch landeseinheitlich, gar nicht geregelt werden können. Und es wird doch geregelt. Und dann wundert man sich, wenn es nicht passt. So war etwa das Thema Ladenschlussgesetz seit 1960 eine herrliche Geschichte. Über 40 Jahre gab es ein Gesetz, das in den tiefen Tälern der Alpen und des Schwarzwaldes genauso gegolten hat wie in der norddeutschen Tiefebene. Das im kleinsten Bauerndorf genauso gegolten hat wie in den Großstädten mit ihren ganz anders gelagerten Problemen. Mir kann niemand einreden, dass dieses Gesetz überall gleich praktiziert worden ist, überhaupt praktiziert werden konnte. Wenn aber etwas nicht einheitlich durchgeführt werden soll, dann soll man es nicht einheitlich regeln. Ferner soll man den Menschen, die näher an einem Problem dran sind, die Lösung deren Fantasie, deren Form der Verantwortlichkeit überlassen. Was bei uns alles an sozialem und kulturellem Engagement untergeht oder auch verboten wird, weil es irgendwo eine Vorschrift gibt, bei deren Beachtung man Zuschüsse bekommt oder bei deren Nichtbeachtung man sich strafbar oder zumindest verdächtigt macht, das ist nach wie vor gegeben.

Dieser Staat macht zuviel. Und viele Fragen sind auch gar nicht mehr normierbar. Wenn sie sich etwa vorstellen, dass heute viele Mediziner sagen, schon in der nächsten Generation werde man Krankheiten nicht mehr nach einem Schema behandeln, sondern die Zellen des Patienten untersuchen und dann dafür aus dem Computer eine gesonderte Behandlung und gesonderte Medikamente für den einzelnen Patienten entwickeln, dann kommt in diesem Bereich ein gigantischer und immer größer werdender Aufgabenbereich auf uns zu, der nicht mehr wie bisher normierbar ist. Stellen sie sich die ganzen Listen über zugelassene und nicht zugelassene Medikamente vor. Und so ist es in vielen anderen Bereichen.

Ich bin heute ja nicht hierher gekommen, um über die Normenflut zu sprechen unter der wir allen leiden, unter der wir alle untergehen werden. Aber das eine will ich doch sagen, dass bei der Betrachtung dieser Masse an Vorschriften als erstes auffällt, dass es mindestens drei oder vier Mal so viele Vorschriften sind, wie ein Gehirn, auch eines guten Juristen, überhaupt verkraften kann.

Und nun müsste dies eigentlich reduziert werden. In den Zeitungen und an den Stammtischen heißt es dann, dass der Staat zu viele unvernünftige Vorschriften macht. Er macht gar keine unvernünftigen Vorschriften. Das Problem besteht überwiegend darin, dass er zu viele, wenn auch vernünftige, Vorschriften macht. Und das ist ein irrationaler Vorgang. Rational ist alles völlig in Ordnung. Es gibt natürlich ein paar unsinnige Beispiele. Ich habe in meinen verschiedenen Ministereigenschaften besonders althergebrachte Dinge außer Kraft gesetzt. Aber das war keine Großtat. Die Vorschrift etwa „Erlass über den Umgang mit menschlichen Fäkalien in Schulgärten“ außer Kraft zu setzen, war keine Reform. Die Überlegung war erstens, dass es gar keine Schulgärten mehr gibt, das hat sich Gott sei Dank wieder gebessert, und zweitens, dass es auch gar keine Lehrer mehr gibt, die das Wort Fäkalien verwendet würden. Und trotzdem, es war eigentlich auch eine vernünftige und gut gemeinte Vorschrift zu einem Thema, über das man reden kann. Nur in der Addierung entsteht das Unheil. Und das ist ein irrationaler Vorgang.

Ich bin immer noch der Meinung, dass man die Entbürokratisierung unserer Rechtsordnung nicht mit einer Kommission angehen kann, die überflüssige Vorschriften außer Kraft setzt. Es muss stattdessen eine Kommission eingesetzt werden, die jedes Jahr zehn Prozent aller Vorschriften außer Kraft setzen. Und wenn es genug ist, sagen wir das dann schon. Als Kultusminister habe ich immer gesagt, ich möchte einen Erlass, der einen einzigen Satz haben muss: Es treten alle Erlasse außer Kraft, die ohne Rest durch drei teilbar sind. Da sind dann zwei oder drei dabei, die man wieder in Kraft setzen muss. Aber bei den anderen passiert durch den Wegfall gar nichts. Der Staat überfordert sich selbst. Die Gemeinden sind da um kein Haar besser, auch sie überfordern sich selbst. Und es ist deswegen richtig, den Bürgern wieder Freiheit zu geben. Das ist nicht verdachtswürdig.

Der zweite Verdacht, der immer aufkommt ist, dass durch die Zurückdrängung der staatlichen Verantwortung und die Wiedereinsetzung des Bürgers in seine Verantwortung der Lebensstandard der Menschen heimlich abgesenkt werden soll. Nun will ich das hier deutlich sagen: Es gibt unverändert einen breiten Sockel staatlicher Leistungen für die Menschen. Die Frage der Grenze muss jedoch ausgefochten werden. Diese ist im Augenblick kaum im Gespräch. Es wird um jede einzelne Tarifvorschrift gepokert. In Wirklichkeit aber ist die Diskussion, was der Staat eigentlich machen und was den Bürgern an Verantwortung überlassen werden soll. Diese Diskussion ist noch nicht einmal im Gang. Und dabei geht es um zwei Drittel unserer Politik. Es geht nicht nur, wie immer in den Zeitungen steht, um die Sozialpolitik im engeren Sinn, denn unser Staat leistet für uns jenseits der engeren Sozialpolitik noch eine ganze Menge anderer Dinge. Etwa ein gut ausgebautes System von Verkehrswegen oder ein Bildungswesen in einem Grad, wie ihn noch nie eine Generation hatte; mit wenigen Ausnahmen kostenlos. Und wenn man eine Verlagerung der Kosten anmahnt, was ja dringend nötig wäre, bekommt man Ärger von allen Seiten. Es hängt ja nur an unseren Finanzierungssystem, dass das nicht funktioniert. Schauen sie sich etwa dieses Orchester an. Können sie sich in einem Land wie Baden-Württemberg vorstellen, wie viele Millionen alleine in Instrumenten stecken, die die Musikverbände, die die einzelne Musikvereine usw. aufgebracht haben? Zum Teil mit erheblichen staatliche Zuschüssen. Das hat es nie in dieser Welt gegeben. Zwar nicht kostenlos, aber doch mit Zuschüssen. Und wenn wir von Gesundheit reden, geht es ja nicht nur darum, dass die Krankenkassen unsere Kosten in der Klinik oder im Krankenhaus bezahlen.

Da geht es auch darum, welches Angebot der Staat und die Gemeinden im Bereich des Klinikwesens machen. Können sie sich vorstellen, wie das vor 40-50 Jahren noch war?

Das heißt, es muss natürlich ein beträchtlicher Teil staatlicher Verantwortung bleiben. Aber in Teilen sollte eben auch der Bürger selbst, und zwar ohne dass er eine Genehmigung braucht, ohne dass er sich an bestimmte Regeln halten muss, für sich entscheiden können. Natürlich ist auch beim Bürger das Geld immer knapp. So viel kann man gar nicht verdienen, dass nicht am Ende zu wenig Geld da ist. Weil es ja immer mehr die Möglichkeit gibt, sich immer mehr vorzunehmen. Aber der Bürger soll doch darüber entscheiden, ob er in seiner Lebenszeit lieber mehr sparen oder besser leben will. Natürlich muss man ihn dazu bringen, dass er soviel am Ende seines Lebens hat, dass zumindest ein Existenzminimum gesichert ist. Aber wenn er sagt, ich will jetzt lieber gut leben, dann ist das doch eine honorige Entscheidung. Unhonorig wird sie erst, wenn er dann im Alter sagt, die Sozialhilfe ist zu niedrig. Der Bürger muss eben auch entscheiden können, ob er ein Haus bauen will oder lieber auf Weltreise geht, ob er sich lieber drei Eigentumswohnungen zulegen oder etwas mehr in die Ausbildung seiner Kinder stecken will. Das sind doch Entscheidungen, die jeder für sich selber trifft. Aber wenn die Steuer- und Abgabelast zu hoch ist, was bei uns der Fall ist, dann sind solche Entscheidungen nicht möglich. Auch die Möglichkeit des Einzelnen für den unglücklicheren Nächsten etwas zu tun, reduziert sich dann praktisch nur auf Steuerehrlichkeit. Wenn der Staat das Geld abschöpft, dann bleibt nur die Frage, ob der Bürger das Finanzamt betrügt oder ob er ehrlich bleibt. Wenn sie ihm das Geld lassen, steht er vor der Entscheidung ob er soziale Verantwortung wahrnehmen will oder nicht oder ob ihm kulturelle Verantwortung wichtiger ist als soziale Verantwortung. Und auch, was er etwa für soziale Verantwortung hält. Das fehlt bei uns in zunehmender Maße.

Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, dass eine freie Entscheidung zu einem besseren Ergebnis führt. Und in der Addition aller Bürger würde herauskommen, dass die Allgemeinheit in einem solchem System besser dasteht und das wahrscheinlich auch noch mit geringerem finanziellen Aufwand. Dies auch, weil der Einzelne ja auch Arbeit investieren kann, die, wenn man sie vom Staat wahrnehmen lässt, bezahlt werden muss. Unverändert bleibt aber: Wir müssen einmal darüber reden, was dieser Staat überhaupt tun soll und was er nicht tun soll. Wir haben gar keinen Überblick mehr darüber. Wir haben nicht einmal mehr einen Überblick, was in unseren Haushalten steht. Irgendwann einmal muss es durchdiskutiert werden. Und irgendwann muss dann auch diskutiert werden, wie hoch die Quote ist die die öffentlichen Kassen den Bürgern überhaupt wegnehmen dürfen. Im Augenblick sind wir bei 47-48 Prozent. Mich hat noch nie jemand davon überzeugt, dass 40 Prozent zu niedrig sind. Und wenn wir von Freiheit reden, dann kann es nicht nur die Freiheit des einzelnen Bürgers sein. Man könnte über die verschiedensten Beispiele jetzt reden. Über Wirtschaft, über private kulturelle Träger und dergleichen. Heute will ich es einmal an den Regionen versuchen.

Wenn die Regionen Sinn haben sollen, dann müssen sie so individuell sein wie die einzelnen Menschen. Sie müssen „Individuen“ sein. Wenn alle Regionen das gleiche Gesicht haben, dann brauche ich eigentlich keine Freiheit zu geben. Aber auch die Regionen, wir erleben es doch tagtäglich und unser ganzes Leben hindurch, haben ihre Individualität. Das beginnt wieder beim Charakter der Menschen, bei dem Charakter ihrer Bürger.

Ich sage es hier auf der Grenze ganz gern, dass ein Schwabe etwas anderes als ein Franke ist. Ein Rheinländer ist auch etwas anderes als ein Bayer. Daran wollen wir festhalten. Auch ein „Wessi“ ist immer noch etwas anderes als ein „Ossi“. Weil eben 50 Jahre Leben und Lebenserfahrung in ganz unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen dahinterstecken. Das wächst sich nicht in zehn und auch nicht in 17 Jahren aus. Das wird eine bis zwei Generationen dauern.

Die Menschen in den Regionen sind verschieden. Merkwürdigerweise haben die großen Wanderungen in unserer Zeit daran fast nichts geändert. Ich möchte das an einem Beispiel festmachen. Ich komme aus einer niederbayerischen Kleinstadt, in die viele Flüchtlinge und Vertriebene aus Großstädten wie Breslau in Ostdeutschland und ein paar auch aus westlichen Großstädten zogen. Und ich höre meinen längst verstorbenen Vater noch sagen: „Das kann uns eigentlich nur gut tun, dass die etwas frischen Wind bringen in diese Provinzialität“. Ich sage es unter Berufung auf meinen Amtseid, nach drei Jahren waren diese Menschen genauso provinziell wie die ursprünglichen Einwohner. Und das zeigt, der Charakter bleibt. Oder etwa beim Blick auf die Freien Reichsstädte in Baden-Württemberg. Ich behaupte, dass ich mit verbundenen Augen auf einem Platz stehend, nur durch Gespräche mit den Einwohnern ohne nach dem Ort zu fragen, innerhalb von 30 Minuten sagen kann, ob diese Stadt vor 200 Jahren eine Freie Reichsstadt war oder nicht.

Aber es spielen natürlich auch die verschiedenen Charaktere der Landschaft herein. Ich habe im Zusammenhang mit dem Ladenschutzgesetz schon davon gesprochen. Der Schwarzwald ist etwas anderes als eine Tiefebene. Unser Hügelland ist etwas anders als die Nordsee- oder die Ostseeküste. Und in der wirtschaftlichen Prägung ist es natürlich erst recht so. Was haben wir in den letzten Jahrzehnten alles erlebt. Industriegegenden, die plötzlich verschwunden und neue, die plötzlich aufgetaucht sind. Dann sind die alten wieder gekommen und haben plötzlich neue Wirtschaftszweige gebracht. Das Ruhrgebiet ist ein dafür ein gutes Beispiel. Wir werden noch zu unseren Lebzeiten erleben, was uns Ostdeutschland vormachen wird. Bergbaugegenden, Landwirtschaftsgegenden, Industriegegenden, Tourismusgegenden. Die Frage, wie Banken und Versicherungen eine Stadt prägen. Schauen sie sich zum Beispiel Frankfurt an.

Regionen haben ihren Charakter auch von den Menschen, von ihren landschaftlichen Gegebenheiten und von ihren eingewurzelten, ökonomischen Gegebenheiten her. Und was es auch immer ist, man kann es nicht wirklich ausdrücken. Charakter, das habe ich bisher verwendet. Der Charakter einer Region kann zur Heimat werden. Aber was heißt Heimat? Jedenfalls ist es immer auch etwas, was der Mensch selber mitgestaltet. Genauso wie keine Ehe so ist wie eine andere. Es ist reines Theater, dass es manche Leute in der Kirche und im Staat gibt, die den Charakter einer Ehe genau definieren. Das geht einfach an der Sache vorbei. Ehen sind vielgestaltig. Und so ist es auch bei den Regionen. Die Selbstgestaltung der Heimat. Das muss es doch eigentlich sein. Nicht durch einen Einzelnen, aber auch nicht nur durch öffentliche Institutionen. Sondern durch die Gesellschaft als Ganzes. Für sich selbst setzt das Energien frei. Davon habe ich schon gesprochen. Aber man ist auch näher an den Problemen dran, als man in Berlin oder gar in Brüssel oder gelegentlich auch in Stuttgart ist. Das weiß ich, denn ich war in Stuttgart auch als Minister beschäftigt. Da sieht man dann schon, was die eigenen Berater an Problemen kennen, was sie nicht kennen und wo die Grenzen sind. Wo ihre Kenntnis in der Nord-Süd-Richtung aufhört.

Man genießt die Erfolge, es sind plötzlich gemeinsame Erfolge. Allerdings, man bezieht auch die Prügel und muss die Konsequenzen der Misserfolge ziehen. Ich bin sehr dafür, dass Gemeinden entscheiden, ob sie Industrie, Tourismus oder aber lieber etwas ganz anderes wollen. Aber ich bin nicht dafür, dass die, die sich für die Landschaft entscheiden dann an der Gewerbesteuer der anderen partizipieren wollen. Das muss dann auch verantwortet werden. Das würde auch die kommunalpolitischen Verantwortlichen viel mehr in Bedrängnis bringen. Es würde der Bürger alle sechs bis acht Jahre wirklich entscheiden, ob etwas gut oder schlecht war.

Und auch diese Debatte führen wir wieder mit Formeln. An einer Stelle des Grundgesetzes in der ursprünglichen Fassung stand etwas davon, dass die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse herzustellen sei. Das ist zunächst so interpretiert worden, als sei es die Regel für die gesamte staatliche Politik. Das ist haltlos. Und es gibt eigentlich keine bessere Erklärung dafür als eine Äußerung die Franz Müntefering vor zwei Jahren gemacht hat, als man ihm vorwarf, dass er unter dem Einfluss der CDU und der großen Koalition die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse als Ziel aufgeben wolle. Er sagte darauf ganz einfach, er habe viele Jahre lang in Düsseldorf gearbeitet aber im Saarland gelebt. Im Saarland seien unter anderem halt die Löhne viel niedriger aber dafür in Düsseldorf die Mieten und Preise entschieden höher. In Düsseldorf gebe es ein größeres kulturelles Angebot und im Saarland sei die Luft besser. Wie wolle man hier von einer Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse sprechen. Mittlerweile hat man das Grundgesetz geändert und formuliert, dass gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden müssen. Aber wenn sie mich fragen, ist das auch nicht sehr viel besser. Weil jetzt die Ministerialen in Berlin intensiv darüber nachdenken, dass gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden müssen. Aber wenn nun die Luft etwa im Saarland besser ist und man dies andernorts aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht ändern will, kann dies doch kein Verfassungsauftrag sein, im Saarland auch noch schlechte Luft zu produzieren. Was dahinter steckt ist etwas ganz anderes. Es ist die Vorstellung, dass diese Formeln keine politischen Ziele sind, sondern Ziele für den Gesetzgeber. Dass daneben noch Ungleichheiten in den Lebensverhältnissen bestehen, an die der Gesetzgeber nicht heran kann, davor machen wir die Augen zu. Und das ist eigentlich der Kern, über den wir in diesem Zusammenhang reden müssten. Es wird zu selten die Frage gestellt, wie es den Leuten geht, wie es bei den Leuten ist. Es wird stattdessen gefragt, wie etwas gesetzlich geregelt ist. Wir haben einen Gesetzgeber, der das fest glaubt. Wir haben Gesetzgebungsministerien, die das fest glauben. Und wir haben die Erfahrung, dass es anders ist. Aber wenn ich darüber reden wollte, meine Damen und Herren, dann müsste ich jetzt sechs-acht Stunden reden. Das tue ich nicht.

Vielen Dank.